

30./VII. 1915

Die „Parteizerrüttung“ in der deutschen Sozialdemokratie.

Eine Erklärung
der Partei- und Fraktions-Vorstände.

Die deutsche Sozialdemokratie macht während des Weltkrieges schwere innere Kämpfe durch. Nachdem sich Mitglieder des Parteivorstandes erst kürzlich sehr energisch gegen die Erklärungen der Genossen Kautsky und Bernstein gewandt haben, ist von verschiedenen Quertreibern ein Flugblatt verbreitet worden, das an Fraktion und Parteivorstand die Forderung erhebt, den Puta-

frieden aufzusagen und auf der ganzen Linie den Klassenkampf nach den Grundsätzen des Parteiprogrammes und der Parteibeschlüsse zu eröffnen, sowie eine eingehende Propaganda für den Frieden ins Werk zu setzen. Dieses Flugblatt ist vom Oberkommando in den Marken beschlagnahmt und seine weitere Herstellung und Verbreitung verboten worden. Inzwischen haben sich aber schon der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion in einer Erklärung sehr energisch gegen die in dem Flugblatt aufgestellte Behauptung gewandt, daß die Partei im Kielwasser des imperialistischen Eroberungsprinzips treibe. Die Vorstände weisen darauf hin, daß sie noch heute auf dem Boden der Erklärung der Reichstagsfraktion vom 4. August stehen, in der sie die Verantwortung für die Folgen der imperialistischen Politik, für die Vera der Betrüßens und für die Verschärfung der Gegensätze unter den Völkern von sich abgewälzt und die Verantwortung dafür den Trägern dieser Politik zugewiesen hätte. Trotzdem den Verfassern des Flugblattes bekannt sei, daß die Partei entschiedener Gegner aller Eroberungspläne sei und keine Politik des „Durchhaltens“ im Sinne „einer hemmungslosen Völkerzerfleischung“ vertreten habe, verbreiteten die Verfasser des Flugblattes diese unwahre Behauptung. In gleicher Weise wehren sich die Vorstände gegen die Behauptung des Flugblattes, daß die Reichstagsfraktion im Mai die „Vollendung des Zusammenbruchs der Politik der Fraktionsmehrheit“ gebracht habe, indem sich der Genosse Ebert aufs neue „zur Willkür gegenüber der Regierung der herrschenden Klassen bekannte“. Es wird mit Recht darauf hingewiesen, daß gerade damals durch den Eintritt Italiens in den Krieg sich die ganze militärische und politische Lage für Deutschland wieder wesentlich verschärft habe. Demgegenüber sei es einfach die Pflicht der Sozialdemokratie gewesen, daß sie entschlossen zu ihrem Volke stand und gemeinsam mit ihm alle Kraft einsetzte, um der neuen Gefahr Herr zu werden. Das sei geschehen im Interesse des Landes und seiner Arbeiterklasse und nicht den herrschenden Klassen zu Liebe, wie jenes Flugblatt behauptet.

Mit ganz besonderem Nachdruck verwahren sich endlich die Vorstände dagegen, daß sie „Sintertreppenpolitik nach dem Muster kapitalistischer Klüngel“ trieben. Die Verbindung mit den Behörden sei im Interesse der Partei und der Arbeiter erfolgt. Wer anderes behauptet, spreche die Unwahrheit. Und wenn höhnisch darauf hingewiesen würde, daß der Genosse Scheidemann in seiner Reichstagsrede eine Milderung der Zensur von einer Fürsprache beim Kaiser erwartet habe, so hänge das damit zusammen, daß von einem kommandierenden General erklärt worden sei, daß nur der Kaiser ihm etwas zu sagen habe. Daher sei es durchaus richtig gewesen, wenn die Zivilbehörden aufgefordert seien, sich an den Kaiser zu wenden, damit die gewünschte Milderung eintrete. Wenn endlich der Parteileitung vorgeworfen werde, daß sie es abgelehnt habe, gegen den im Vergeltungsprinzip liegenden Weilauf der Grausamkeiten zu protestieren, so wäre es im höchstem Maße ungerrecht gewesen, einseitig der deutschen Kriegführung Vorwürfe zu machen, wenn der englische Seeflord Fisher für den Seekrieg den Grundsatz aufgestellt habe: „Während des Krieges ist Mäßigung Blödsinn.“

Endlich bezeichnen es die Vorstände als eine Irreführung, wenn die Verfasser des Flugblattes behaupten, die von der Sozialdemokratie seit dem 4. August betriebene Politik bedeute das „Kreuz auf dem Grabe des Klassenkampfes“. Nur Böswillige könnten behaupten, daß die Sozialdemokratie den Klassenkampf abgeschworen habe, aber die Vorbedingung für seine erfolgreiche Führung sei die Sicherung der wirtschaftlichen und politischen Unabhängigkeit unseres Landes. Dieser Sicherung zu dienen, sei deshalb Pflicht der deutschen Sozialdemokratie. Auf eine Drohung mit der Parteispaltung laufe es letzten Endes hinaus, wenn die Verfasser des Flugblattes am Schluß erklärten, die Verantwortung für alles, „was sonst komme“, falle den leitenden Instanzen der Partei zu, wenn diese nicht unverzüglich mit der Politik des 4. August brächen. „Jede Drohung, die auf eine Parteispaltung hinziele“, so heißt es wörtlich, „sei ein Verbrechen an der Partei, ein Verbrechen an der gesamten Arbeiterbewegung.“ „Wir zweifeln nicht daran“, so schließt die Erklärung der Vorstände, „daß die Parteigenossen allerorts deshalb die Gefahr erkennen, die in derartigen Treibereien liegt, und daß sie den Organisationschädlingen ein gebieterisches „Bis hierher und nicht weiter“ entgegenrufen werden. Nach dem Abschluß des Krieges werden besonders auch in der inneren Politik so wichtige Aufgaben zu lösen sein, wie das seit der Gründung des Deutschen Reiches noch niemals der Fall war. Wir denken an die Verteilung der Lasten, die dieser Weltkrieg dauernd dem Volke auferlegen wird, an die Schwierigkeiten bei der Fortführung der Sozialpolitik, an die großen wirtschaftlichen Kämpfe, an die Reformen, die es auf dem Gebiete des Verfassungswesens durchzuführen gilt. In der kommenden Zeit wird der deutschen Arbeiterklasse eine starke, einige Sozialdemokratie nötiger sein denn je.“